Mara Labud 1. August Rede:

Verantwortung für unsere Zukunft

Alles Gute zum Geburtstag, liebe Schweiz! Auch der 726. Geburtstag der Eidgenossenschaft passiert nur einmal, das will gefeiert werden. Erwachsen ist unser schönes Land nun auch schon eine Weile, fast 170 moderne Schweiz. Vom barbarischen Urzustand zu einer modernen Gesellschaft mit klar definierten Rechten zu wechseln ist auch was Besonderes.

Für mich persönlich stand vor zwei Monaten etwas Ähnliches an, so habe ich den wilden Zustand als Schülerin verlassen und bin nun offiziell Maturandin. kommend von Maturitas, also erwachsen. Für die Übersetzung reicht übrigens die normale Kantibildung nicht. Dass wir nun auch offiziell auf Latein erwachsen sind, musste uns der Bildungsdirektor erstmal erklären.

Dass Erwachsen- und Älterwerden nicht nur schön ist, fällt einem spätestens bei der ersten Steuererklärung auf. Man bekommt eben nicht nur mehr Rechte, sondern auch mehr Pflichten. Eine davon ist mehr Verantwortung zu übernehmen.

Zur Verantwortung hat uns bei unserer Abschlussfeier ein erfahrener Redner folgendes Zitat mit auf den Weg gegeben: «Wenn jeder für sich schaut, dann ist für alle geschaut» Die Präambel unserer Verfassung hingegen spricht von Solidarität, gegenseitiger Rücksichtnahme, von Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen. Sie sagt explizit, dass sich die Stärke des Volkes am Wohl der Schwachen misst. Das klingt nach dem Gegenteil von einfach für sich selber schauen. Nicht nur die eigenen Fähigkeiten, sondern auch äussere Umstände bestimmen den Rahmen der Möglichkeiten. Sei es wegen akuter Krisen, Behinderungen oder rechtlicher wie sozialer Ungleichheiten. So lässt nur auf sich schauen genug Menschen zurück. Wollen wir das wirklich?

Es ist nicht Sinn der Sache nur auf andere zu schauen. Allerdings geht es hier nicht um Selbstaufgabe, sondern um Verhältnismässigkeit und Rücksichtnahme. Der Redner gab sich anschliessend anstandshalber alle Mühe den Schockwert dieses Zitates zu mildern und begann für Engagement über die eigene Nasenspitze hinaus zu werben. Doch wenn man solche Tipps bekommt fragt man sich schon; «Wird der Verfassung da wirklich gefolgt oder nur werden nur Lippenbekenntnisse geleistet?»

Punkte wie Rücksichtnahme, gemeinsame Wohlfahrt und die Förderung von kultureller Vielfalt prägen die erste Seite unserer Verfassung. Trotzdem gehen sie im öffentlichen Gespräch immer mehr unter. Stattdessen fokussiert man sich auf Sicherheit, als ob da ein Interessenkonflikt vorliegen würde.

So hat in den letzten Jahren Überwachung, gerade im Internet, wieder immer mehr zu genommen.

Als ob Überwachung alle davon abhalten könnte, eines Tages zu beschliessen mit einem Lastwagen in eine Menschenmenge zu fahren. Dafür braucht es keine Waffen, dafür braucht es keine Vorankündigung, nichts, was man mit Überwachung fassen könnte. Manchmal drehen Menschen einfach durch. Das ist keine Entschuldigung, sondern zeigt die Grenzen der Überwachung. Sich das und die damit einhergehende Unsicherheit einzugestehen ist allerdings schwieriger, als sich falsche Sicherheiten zu schaffen. Auch wenn man damit hartgewonnene Freiheiten wie das Recht auf Privatsphäre aufgibt. Anscheinend war der Terror bewegender, als unsere freiheitlichen Grundsätze.

Man mag sich fragen, was heutzutage so wichtig an Privatsphäre ist. Schliesslich hat man ja nichts zu verbergen. Bei einem selbst wird schon nichts passieren und den bösen Buben kann so auf die Spur gekommen werden. Allerdings ist das Hauptproblem damit, dass sich die Massstäbe für was man zu verbergen haben könnte, schnell ändern können. Wer an der Macht ist, bestimmt was normal ist. So war beispielsweise die Rosa Liste, auf der Homosexuelle registriert wurden, ursprünglich nur zur Datenerhebung und Übersicht gedacht. Später wurde sie von den Nazis dazu genutzt, systematisch diese Menschen zu verhaften und umbringen zu lassen. Das ist zwar sicher ein drastisches Beispiel, aber auch ein eindrückliches.

Je mehr Daten vorhanden sind, desto transparenter der Durchschnittsmensch ist, desto leichter ist es, bestimmte Merkmale auszuwählen und da entlang die Trennlinie zwischen «uns» und «ihnen» zu ziehen. Gerade für Minderheiten, die sowieso anfälliger dafür sind, zum Sündenbock erklärt zu werden, sind diese Schutzmechanismen wichtig, die uns unsere Verfassung zusagt. Welche Minderheit es trifft, ist dabei irrelevant. Es kann eine der heute als solche empfundene sein, wie Muslime oder Leute vom LGBT+ Spektrum, doch die Massstäbe sind praktisch willkürlich. Rothaarige, Tennisspieler, man kann praktisch jede Eigenschaft zum Gruppenmerkmal erklären. Sobald die Möglichkeit besteht eine Gruppe, egal was für eine Gruppe, zu isolieren, kann man sie Verruf bringen und ihrer Rechte berauben. Einer der grossen Vorteile

an der Demokratie ist es, dass die Menschen unabhängig von Zugehörigkeit zu einer Demografie mitentscheiden wie es im Land weitergeht.

Dadurch liesse sich eigentlich das meiste Unrecht entweder verhindern oder Stück für Stück beheben.

Doch wenn man die Kolumnen und Leserbriefe in den Zeitungen liest, den Fehler macht die Kommentarspalten von Onlinemedien zu lesen oder einfach einem Gespräch am Stammtisch zuzuhören, merkt man, dass immer mehr Zweifel an unserer Demokratie aufkommt. Hört der Staat nicht genug aufs Schweizer Volk?

Fakt ist, dass ein grosser Teil des Volkes seine Stimme nicht nutzt. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung liegt bei 45 Prozent. Wie kann der Staat zuhören, wenn die Hälfte des Volkes stumm bleibt?

Obendrauf kommt ein unschönes Phänomen. Gemässigte Wähler entspannen sich in dem ungerechtfertigten Vertrauen, dass sich das schon einrenken wird. Leute am Rand des politischen Spektrums hingegen gehen wählen, eben die, deren Meinungen intensiv genug sind, um sie zum Stift greifen lassen. Das ist der beste Weg zum Extremismus. Denn das Einzige was normale Menschen machen müssen, um Unrecht den Weg zu ebnet, ist wegschauen und nichts machen.

Die Demokratie so stark wie man sie macht, so stark, wie man sich für sie einsetzt. Einfach nur Zuhause bleiben und glauben, dass alles gut wird, funktioniert nicht.

Im Ausland hat genau diese Haltung dafür gesorgt, dass in den Vereinigten Staaten von Amerika, der ältesten durchgehenden Demokratie, ein megalomanischer, alle –ismus Möglichkeiten von Sexismus zu Rassismus abhakender, Realitystar an die Macht kam. Ähnliche Fälle bei uns in der Schweiz sind doch lieber zu vermeiden. Sicher sind die USA ein anderes Land mit anderer Geschichte, doch dumme Entscheidungen sind kein angelsächsisches Privileg. Wir haben zum Glück mehr Möglichkeiten uns an unserer Zukunft zu beteiligen. Nicht nur haben wir mehr tatsächlich wählbare Parteien, sondern auch mehr Möglichkeiten der direkten Einflussnahme. Mit Einsatz, Referenden und Initiativen liesse sich hier ein Grossteil des Schadens verhindern, den Trump aktuell anrichtet. Doch dafür müssen diese Möglichkeiten auch genutzt werden.

Denn damit diese Rechte nicht nutzlos verpuffen oder verloren gehen, haben wir die Verantwortung von ihnen Gebrauch zu machen. «Dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht» steht in unserer Verfassung. Wir unterschätzen, wie leicht Rechte und Freiheiten verloren gehen. Menschen, die von dem Verlust unserer Grundprinzipien profitieren, gibt es genug. Ob es genug Menschen gibt, die nicht nur zuschauen, sondern sich dafür einsetzen, weiterhin in einer offenen, freien Schweiz zu leben, liegt an uns allen.

Gerade uns Jugendliche sollte diese Frage beschäftigen. Mit Rechten auf Gleichbehandlung und Meinungsfreiheit sind wir aufgewachsen. Die heutigen Entscheidungen lenken den künftigen Umgang mit diesen Rechten. Gerade wir werden mit den Folgen davon am längsten leben müssen.

Also sollten wir uns für den Kurs einsetzen, mit dem wir ein solides Fundament für unsere Zukunft haben.

Das heisst, sich engagieren für die Themen, die einem wichtig sind.

Das heisst, sich zu informieren. Zu wissen, was in der Welt passiert und Warum es passiert. So kann man Entscheidungen treffen, die tatsächlich nah genug an der Realität sind, um Sinn zu machen.

Das heisst, auf Fakten zu achten. Damit die Entscheidungen etwas taugen, müssen die Informationen stimmen. Also ist es an uns sicher zu stellen, dass sie von glaubhaften Quellen kommen. Fake-News, also absichtlich verbreitete Unwahrheiten, kurzgefasst Propaganda, sind zu vermeiden.

Das heisst auch, wählen zu gehen. Wählen ist die einfachste Art, die Zukunft zu gestalten. Dabei ist die Stimme von einem Durchschnittsmenschen genau so laut, wie die eines Multimillionärs. (Welche selbst hier in Zug nicht gerade der Durchschnitt sind). Obwohl die Legislaturperioden begrenzt sind, haben die darin beschlossenen Gesetze und Entscheidungen langwährende Folgen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Bildung, an der momentan stark gespart wird.

Langfristig sorgen diese «Ersparnisse» für einen schlechteren Unterricht. Es beginnen Unterrichtsmaterialien zu fehlen. Das Unterrichtsklima wird schlechter. Die Vielseitigkeit, die unsere Schulen auszeichnet, geht aus Kostengründen verloren. Das führt zu mangelhaft ausgebildeten Schülern. Schüler, die unser aller Zukunft tragen sollen. Dort zu Sparen und für Qualitätsabfall zu sorgen, gefährdet den nachhaltigen Erfolg der Schweiz.

Das mag klingen, als ob ich nur Kritik hätte. Aber. Ich bin hier erwachsen geworden. Mit Sonnenuntergängen am See, mit guten Freunden und der Fasnacht. Ich konnte hier Julians grossartige Maturarede hören und nachts vom Seeliken aus die Lichter Zugs sehen. Das ist mein Zuhause. Ich wünsche mir von Herzen, dass auch andere, unabhängig von Orientierung, Nationalität oder Religion ähnlich gute Erfahrungen machen können.

Ich weiss, dass wir besser sein können. Aber eben leider auch schlechter. Deswegen ist an Ihnen, an Uns allen, uns zu informieren, uns zu engagieren und wählen zu gehen. Seien wir nicht Teil des Problems, sondern die Lösung.